



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

3003 Bern, 18. November 1991

An den Bundesrat

**Bezeichnung von Rumänien, Angola und Bangladesch als verfolgungssichere Länder im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz**

**Prüfung und Zurückstellung von Ghana und Nigeria**

**1. Ausgangslage**

Gemäss Artikel 16 Absatz 2 des dringlichen Bundesbeschlusses über das Asylverfahren (AVB) vom 22. Juni 1990 (AS 1990 938) steht dem Bundesrat die Kompetenz zu, Staaten zu bezeichnen, in welchen nach seinen Feststellungen Sicherheit vor asylrelevanter Verfolgung besteht. Von dieser Kompetenz hat der Bundesrat bis anhin mit Beschluss vom 31. Oktober 1990 bezüglich der CSFR, Polen und Ungarn sowie mit Beschluss vom 18. März 1991 bezüglich Bulgarien, Indien und Algerien Gebrauch gemacht.

Die Bezeichnung der genannten Länder als Safe Countries hat für die Asylbehörden zu einer beachtlichen Entlastung geführt. Aufgrund der mit der Bezeichnung verbundenen Signalwirkung lässt sich für die ein-

zelnen Länder ein signifikanter Rückgang der Gesuchszahlen verzeichnen (Indien Okt. 1990: 311, Okt. 1991: 10; Algerien Okt. 1990: 14, Okt. 1991: 6; Bulgarien Okt. 1990: 106, Okt. 1991: 7 Gesuche).

Im Rahmen der für den Entscheid von Asylgesuchen notwendigen Länderbeurteilung überprüft das Bundesamt für Flüchtlinge anhand des mit Bundesratsbeschluss vom 18. März 1991 verabschiedeten Kriterienkatalogs kontinuierlich weitere Herkunftsländer von Asylbewerbern auf ihre Eignung als verfolgungssichere Staaten. Die Prüfung berücksichtigt den im Bundesratsantrag vom 13. März 1991 dargelegten Grundsatz, das für die Safe-Country-Bezeichnung eines Staates nicht alle Kriterien landesweit, gleichermassen, jederzeit und allumfassend erfüllt sein müssen. Vielmehr ist die Verfolgungssicherheit in einem bestimmten Staat aufgrund der vorliegenden Kriterien im Rahmen einer individuellen politischen Gesamtwürdigung zu bewerten. Ein Safe Country hat nicht eine absolute, sondern lediglich eine hinreichende Verfolgungssicherheit zu bieten. Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz bietet den notwendigen Handlungsspielraum, um im Bedarfsfalle Personen aus den als verfolgungssicher bezeichneten Staaten dennoch Asyl gewähren zu können.

## **2. Bezeichnung weiterer Länder als Safe Countries**

### **2.1 Rumänien**

Die meisten Dekrete der Ceausescu-Ära, welche Menschen- und Bürgerrechte einschränkten, sind von der neuen Regierung Ende 1989 abgeschafft worden. Die grundlegenden Freiheitsrechte sind formell gewährleistet; politische Gefangene aus der Ceausescu-Zeit wurden anfangs

1990 amnestiert. Die Opposition hat grundsätzlich Zutritt zum staatlichen Fernsehen und zur Presse. Rumänische Menschenrechtsorganisationen sind zugelassen und Amnesty International ist in Rumänien vertreten. Allerdings ist der Schutz der ethnischen Minderheiten noch nicht befriedigend sichergestellt und die beabsichtigte Umgestaltung der Justiz steht erst in den Anfängen. Prozesse gegen einstige Nomenklatura- und Securitateangehörige sind jedoch eingeleitet und in Gang.

Die politische Situation in Rumänien ist auch nach den freien Wahlen vom 20. Mai 1990 noch unübersichtlich. Es kommt zu häufigen politisch und/oder wirtschaftlich motivierten Demonstrationen, deren letzte vom 26.-28. September zum Sturz der Regierung Roman führte. Die Nachfolgeregierung unter Theodor Stolojan stützt sich heute auf eine grosse parlamentarische Mehrheit, einschliesslich der Opposition. Regierungsziele sind die Durchführung freier Wahlen, die Fortführung der Reformen und die Sicherstellung des demokratischen Prozesses.

## 2.2 Angola

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens am 31. Mai 1991 hat den Krieg in Angola formal beendet. Allein in der Enklave Cabinda kommt es jedoch weiterhin zu Kämpfen zwischen der Armee und der Befreiungsfront von Cabinda, welche sich weigert, die Waffen niederzulegen.

Die kürzlich revidierte Verfassung sieht die Wiederherstellung der politischen Rechte und der Grundfreiheiten vor. Seit Inkrafttreten des Mehrparteiengesetzes Ende Mai 1991 sind 60 neue politische Gruppierungen entstanden. Das Ministerium für Staatssicherheit wurde aufgelöst.

Ein am 12. Juli 1991 in Kraft gesetztes Amnestiegesetz erfasst insbesondere auch alle vor dem Friedensschluss begangenen, gegen die Sicherheit des Staates gerichteten Straftaten. Mit der Freilassung politischer Gefangener und dem Austausch von Kriegsgefangenen wurde begonnen.

### 2.3 Ghana

Seit dem Staatsstreich wird Ghana vom Provisional National Defense Council regiert, der faktisch alle Staatsgewalt auf sich vereinigt. Am 27. August nahm eine von Präsident Rawlings einberufene konsultative Nationalversammlung die Arbeiten an einer neuen Verfassung auf. Ziel ist die Einführung des Mehrparteiensystems. Die Arbeiten sollen am 31. Dezember abgeschlossen und 1992 durch ein Volksreferendum bestätigt werden. Die politische Opposition ist von der Mitarbeit ausgeschlossen, die politischen Parteien bleiben bis zum Abschluss der Arbeiten verboten.

Ein von der Regierung erlassenes Gesetz über die Präventivhaft erlaubt die unbefristete Inhaftierung von Regimegegnern. Gestützt auf dieses Gesetz befinden sich die Urheber des Putschversuches von 1982 weiterhin ohne Urteil in Haft. Die ebenfalls im Jahr 1982 geschaffenen Militärgerichte sind berechtigt, für schwere gemeinrechtliche oder politische Delikte die Todesstrafe auszufällen.

In jüngster Zeit ist eine Liberalisierung der staatlichen Haltung erkennbar. Das Mormonenverbot wurde aufgehoben, die Stellung der Zeugen

Jehovas wird überprüft. Am 19. Juni 1991 erlies die Regierung eine Teilamnestie zugunsten von Exilpolitikern, welche allerdings der Subversion angeklagte Personen nicht erfasst. Die Dauer der vorwiegend gegen Oppositionsführer verhängten Präventivhaft ist auf Tage oder Wochen verkürzt.

Trotz eingeleiteter Demokratisierungsbestrebungen erfüllt Ghana die Anforderungen für die Bezeichnung als Safe Country noch nicht. Eine Neubeurteilung nach den Wahlen ist angezeigt.

#### 2.4 Nigeria

Seit dem Staatsstreich von 1985 herrscht in Nigeria eine Militärregierung unter General Babangida. Im Hinblick auf die für 1992 in Aussicht gestellte Wiedereinsetzung einer Zivilregierung wurde im Mai 1989 eine neue Verfassung in Kraft gesetzt. Im Dezember 1990 fanden lokale Wahlen statt, an welchen jedoch nur zwei von den Behörden geschaffene Parteien teilnehmen durften. Der gescheiterte Staatsstreich vom 22. April 1990 und religiös motivierte Kravalle - letztere forderten mehr als 200 Todesopfer - erschweren den Übergang zur Demokratie.

Die Meinungsäusserung- und Pressefreiheit ist weitgehend gegeben, die Religionsfreiheit gewährleistet. Im Rahmen eines Übergangsprogrammes werden derzeit schrittweise die politischen Rechte wieder eingeführt. Bei religiös motivierten Konflikten beschränken sich die Ordnungskräfte auf die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ohne Verfolgungsmotivation.

Die aufgrund von Urteilen ausserordentlicher Militärgerichte erfolgte Hinrichtung von 69 am Staatsstreich beteiligter Personen stellt andererseits eine offensichtliche Menschenrechtsverletzung dar. Weitere Personen befinden sich ohne Anklage oder Urteil in Haft. Den Militärgerichten wurde im übrigen die Befugnis eingeräumt, für grobe gemeinrechtliche Verstösse die Todesstrafe zu verhängen. Von dieser Befugnis wurde wiederholt Gebrauch gemacht. Bei Verdacht auf Staatsgefährdung kann eine Präventivhaft von 6 Wochen Dauer angeordnet werden.

Aufgrund der gesamthaften Würdigung und in Anbetracht der ungewissen zukünftigen Entwicklung müssen die Voraussetzungen für die Bezeichnung Nigerias als Safe Country als vorläufig nicht erfüllt erachtet werden.

## 2.5 Bangladesh

Nach dem Sturz des ehemaligen Machthabers, General Ershad, stellt als Folge der ersten demokratischen Wahlen vom 27.2.1991 die Bangladesh National Party unter Ministerpräsidentin Begum Khaleda Zia die Regierung.

Mit Verfassungsänderung vom 7.8.1991 beschloss das Parlament die Einführung des parlamentarischen Systems, in welchem dem Staatspräsidenten keine besonderen Machtbefugnisse mehr zukommen. Im darauffolgenden Referendum befürworteten 85% der Stimmenden die Verfassungsänderung. Die Armee hält sich im Hintergrund.

Formell sind die wesentlichen Menschenrechte gewährleistet. Der Special Powers Act von 1974 gibt den Behörden aber weiterhin die Möglich-

keit, Personen ohne Angabe von Gründen zu inhaftieren. Unverändert ist die Situation in den Chittagong Hill Tracts, die etwa einen Sechstel des Territoriums umfassen. Sie gelten als Sperrgebiet, in dem die Armee und bengalische Ansiedler Krieg gegen die bewaffneten Gruppen der ortsansässigen Shanti Bahinis führen.

Aufgrund des Antrages der EJPD vom 18. November 1991

### 3. Ergebnisse der Ämterkonsultation

Das EDA wurde orientiert. Die schriftliche Stellungnahme liegt indes-  
sen noch nicht vor.

### 4. Antrag

Der Bundesrat bezeichnet Rumänien, Angola und Bangladesh als verfol-  
gungssichere Staaten im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 des Asylgesetz-  
zes.

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer

EIDGENÖSSISCHES  
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

A. Koll

#### Beilagen:

- Beschlussdispositiv
- Länderberichte Rumänien, Angola, Ghana, Nigeria, Bangladesh

Zum Mitbericht an: EDA, BK (je 3 Exemplare)

Protokollauszug an: EJPD (15 Exemplare), EDA, BK (je 3 Exemplare)



## Bezeichnung von Rumänien, Angola und Bangladesh als verfolgungssichere Länder im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 18. November 1991

wird

beschlossen:

Der Schweizerische Bundesrat bezeichnet Rumänien, Angola und Bangladesh als verfolgungssichere Länder im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer

Die meisten Dekrete der Ceausescu-Ära, welche Menschen- und Bürgerrechte einschränkten, sind von der neuen Regierung Ende 1989 abgeschafft worden. Die grundlegenden Freiheitsrechte, namentlich die Meinungs-, Religions-, Reise-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sind gewährleistet. Anfang 1990 ergeht eine Amnestie für unter Ceausescu begangene (politische) Straftaten. Die Opposition hat Zutritt zum (staatlichen) Fernsehen, die Presse ist frei. Oppositionelle Blätter leiden jedoch stärker unter der vorhandenen Medienknappheit. Im Menschenrechtsbereich sind die Hindernisfragen weiterhin nicht befriedigend gelöst. Der nationalistischen, staatlich geförderten und mit ehemaligen Angehörigen der Securitate besetzten Vereinigung "Zweimilch Weinsteil" wird vorgeworfen, den ethnischen Konflikt zwischen Ungarn und Rumänen zu schüren. Ebenso beklagen sich einige Oppositionelle weiterhin über Übergriffe alter Stills, das heisst anonyme Drohungen und Einschüchterungsversuche. Die beabsichtigte Begünstigung der einst ceausescuhörigen Justiz steht noch in den Anfängen. Prozesse gegen Nomenklatura- und Securitateangehörige sind eingeleitet, beschränken sich jedoch auf





## RUMÄNIEN - Politische und Menschenrechtssituation - Kurzanalyse

Die politische Situation in Rumänien ist auch nach den freien Wahlen vom 20. Mai 1990 noch unübersichtlich. Häufige Demonstrationen mit wirtschaftlichem und/oder politischem Hintergrund prägen den Alltag. Die letzten, hauptsächlich von Bergarbeitern getragenen, Kundgebungen vom 26.-28. September 1991 führen zum Sturz der Regierung Roman, einem der Spitzenvertreter der Nationalen Rettungsfront. Die Nachfolgeregierung des parteilosen Theodor Stolojan wird von einer grossen parlamentarischen Mehrheit, inklusive Opposition, unterstützt. Diese neue Regierung der nationalen Einheit öffnet sich politisch (10 Angehörige der Rettungsfront, 6 frontnahe Unabhängige und 5 Mitglieder der Opposition). Als oberstes Ziel erklärt sie, nach der Verabschiedung der neuen Verfassung durch das Parlament "allgemeine, freie und gerechte Wahlen" abzuhalten und die Fortführung der Reformen und des demokratischen Prozesses sicherzustellen. Ebenso sollen die Überreste des Kommunismus beseitigt und jene Entscheidungsträger aus Staats-Einrichtungen entfernt werden, die noch der kommunistischen Ideologie anhängen. Zudem soll die Leitung des (neu geschaffenen) Geheimdienstes SRI abgesetzt werden. Inwiefern diese Reformbestrebungen gegen noch immer in allen Institutionen präsente Vertreter der alten Nomenklatura, nationalistische und fremdenfeindliche Kreise durchgesetzt werden können, bleibt abzuwarten. Dem Versuch, die Regierungsverantwortung breiter abzustützen, steht eine Aufsplitterung der Rettungsfront wie der im Parlament vertretenen politischen Opposition gegenüber. Eine Ausnahme bildet die tragende Gruppe der ausserparlamentarischen Opposition, die Bürgerallianz, welche zu einem parteiähnlichen Gebilde werden und einen "integrativeren" Kurs steuern will.

Die meisten Dekrete der Ceausescu-Ära, welche Menschen- und Bürgerrechte einschränkten, sind von der neuen Regierung Ende 1989 abgeschafft worden. Die grundlegenden Freiheitsrechte, namentlich die Meinungs-, Religions-, Reise-, Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit sind gewährleistet. Anfang 1990 ergeht eine Amnestie für unter Ceausescu begangene (politische) Straftaten. Die Opposition hat Zutritt zum (staatlichen) Fernsehen, die Presse ist frei. Oppositionelle Blätter leiden jedoch stärker unter der vorhandenen Materialknappheit. Im Menschenrechtsbereich sind die Minderheitenfragen weiterhin nicht befriedigend gelöst. Der nationalistischen, staatlich geduldeten und mit ehemaligen Angehörigen der Securitate durchsetzten Vereinigung "Rumänische Heimstatt" wird vorgeworfen, den ethnischen Konflikt zwischen Ungarn und Rumänen zu schüren. Ebenso beklagen sich einige Oppositionelle weiterhin über Übergriffe alten Stils, das heisst anonyme Drohungen und Einschüchterungsversuche. Die beabsichtigte Umgestaltung der einst ceausescuhörigen Justiz steht noch in den Anfängen. Prozesse gegen Nomenklatura- und Securitateangehörige sind eingeleitet, beschränken sich jedoch auf

die Ermittlung ihres (Fehl-)Verhaltens während der rumänischen Revolution im Dezember 1989. Schliesslich sind viele Fragen bezüglich der einstmals berüchtigten Securitate bis anhin ungeklärt.

#### Bemerkungen zu den Prüfungskriterien "Safe Country":

ad 1 - 5: Siehe Text.

ad 6: Rumänien strebt eine Mitgliedschaft im Europarat und allenfalls in der NATO an.

ad 7: Insbesondere aufgrund der Vorkommnisse auf dem Bukarester Universitätsplatz im Sommer 1990 - die Regierung setzt ihr ergebene Bergarbeiter gegen Demonstranten ein - Vorbehalte bezüglich des rumänischen Demokratieverständnisses gemacht.

ad 8: Rumänische Menschenrechtsorganisationen sind zugelassen, ebenso konnte der seit 1987 exilierte Rumäniendeutsche Helmut Frauendorfer am 20. Oktober 1990 in Temesvar die Konferenz "Demokratie und Menschenrechte" organisieren. Zudem ist Amnesty International in Rumänien vertreten.

ad 9: Rumänien ist ein in hohem Mass zentralisiertes Land ohne innerstaatliche Fluchtalternative. Die alten Strukturen sind auf dem Land in höherem Mass als in den (städtischen) Zentren erhalten geblieben.

ad 10 - 13 Siehe 9 bzw. Text.



Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

## ANGOLA: Politische und Menschenrechtssituation - Kurzanalyse

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens am 31. Mai 1991 in Lissabon durch Staatspräsident José Eduardo DOS SANTOS und Jonas Malheiro SAVIMBI, den Führer der UNITA (Nationale Vereinigung für die vollständige Befreiung Angolas) hat nach 16 Jahren den Bürgerkrieg in Angola formell beendet. Im Hinblick auf die Schaffung einer **Nationalarmee** haben sich Ende Oktober 1991 ungefähr die halben Bestände der Regierungs- und UNITA-Truppen an 51 Sammelstellen eingefunden. Ebenso sind in Luanda ein Büro der UNITA installiert und der "Wahlkampf" am 29. September 1991 mit der Rückkehr von Jonas Savimbi und Holden Roberto, dem exilierten Anführer der Nationalen Befreiungsfront Angolas, faktisch lanciert worden. Seit der Inkraftsetzung des Mehrparteiengesetzes Ende Mai 1991 sind gegen 60 neue politische Gruppierungen entstanden. Einige davon haben jedoch Mühe, die für die definitive Registrierung notwendigen 3000 Unterschriften zusammenzubringen. In der Enklave **Cabinda** kommt es weiterhin zu Kämpfen zwischen der Armee und der Befreiungsfront von Cabinda, welche sich weigert, die Waffen niederzulegen.

Mit der formalen Beendigung des Bürgerkrieges verbessert sich die Menschenrechtssituation nachhaltig. Bereits im Februar ist das einst berüchtigte **Ministerium für Staatssicherheit** aufgelöst worden. Die kürzlich revidierte Verfassung sieht die Wiederherstellung der politischen Rechte (Gewerkschaften u.a.) und Freiheiten (Presse, Kultur) vor. Abgesehen von den Verbesserungen im Bereich der politischen Rechte ist das **neue Amnestiegesetz** vom 12. Juli 1991 zu erwähnen. Dieses sieht eine Amnestie vor für alle bis am 31. Mai 1991 gegen die Sicherheit des Staates begangenen Straftaten, die gemeinrechtlichen Verbrechen, welche mit Haft bestraft werden und die Vergehen, die durch das Militär begangen worden sind (Von der Amnestie nicht betroffene Strafen werden reduziert, Todes- in Haftstrafen umgewandelt). Aufgrund dieser Bestimmungen und des Endes des Bürgerkrieges, werden zahlreiche Kriegsgefangene ausgetauscht. Ebenso werden mehrere politische Häftlinge, namentlich 13 Mitglieder der Toko-Kirche, freigelassen. Ein Beleg für die zunehmende Medienfreiheit ist der Umstand, dass die von Jonas Savimbi anlässlich seiner Rückkehr nach Luanda gehaltene Rede übertragen worden ist.

Angola hat bis anhin keines der internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet oder ratifiziert.

### Bemerkungen zu den Prüfungskriterien "Safe Country":

- ad 1 - 5: Siehe Text
- ad 7: "Country Report on Human Rights Practices for 1990"  
(US Department of State)
- ad 8 - 12: Es liegen keinerlei Kenntnisse oder Angaben über Gruppen vor, die sich für die Menschenrechte einsetzen, und/oder über sonstige Aktivitäten in diesem Sinne sowie über internationale Untersuchungskommissionen. Das UN Hochkommissariat für Flüchtlinge, das IKRK und die Beobachter der UNO befinden sich in Angola.
- ad 9 - 10: Vor allem die ehemaligen Kriegsgebiete im Süden und im Norden des Landes sind unsicher, sowie die Enklave Cabinda, wo die FLEC (Befreiungsfront) sich weigert, die Waffen zu strecken. Nach 14 Jahren wurde in der Provinz Luanda das nächtliche Ausgehverbot aufgehoben. Angola ist ein riesiges Land: 1'246'700 km<sup>2</sup>.
- ad 11 : Zentralistische Republik mit Präsidialsystem.



## BANGLADESH - Politische und Menschenrechtssituation - Kurzanalyse

Seit dem Sturz des ehemaligen Machthabers, General Ershad, im Dezember 1990 amtiert der von allen Parteien akzeptierte Shahabuddin AHMED als Interimspräsident. Dieser liess am 27. Februar 1991 die ersten tatsächlich demokratischen Parlamentswahlen des Landes abhalten, aus welchen die Bangladesh National Party (BNP) siegreich hervorging und nun unter Ministerpräsidentin Begum Khaleda Zia die Regierung stellt. Diese, konfrontiert mit ökonomischen wie ökologischen Problemen, hat ihre Bewährungsprobe noch vor sich. Die Armee, bisher entscheidender Ordnungsfaktor im Lande, hält sich zur Zeit im Hintergrund.

Am 7. August 1991 stimmt das Parlament einer Verfassungsänderung zu, gemäss welcher in Bangladesh nach 16 Jahren Präsidialherrschaft ein parlamentarisches System eingeführt werden soll. Dem Staatspräsidenten kommen dabei keine besonderen Machtbefugnisse mehr zu. Anlässlich des darauffolgenden Referendums befürworteten 85% der Stimmenden diese Verfassungsänderung. Mit der Wahl ihres Kandidaten Abdur Rahman Biswas zum Staatspräsidenten kann die Regierung von Khaleda Zia ihre Position weiter festigen.

Die grundlegenden Menschenrechte sind verfassungsmässig gewährleistet. Im Januar 1991 amnestiert die Übergangsregierung ca. 13'000 Häftlinge, darunter über 2'500 politische Gefangene. Die Übergangsregierung sichert auch zu, dass Personen, welche aufgrund von Kriegsrechtsbestimmungen inhaftiert sind, eine Überprüfung ihres Falles verlangen können. Ebenso stellt die Regierung in Aussicht, den Special Powers Act (SPA) von 1974 zu überprüfen, welcher den Behörden das Recht gibt, Personen ohne formelle Anklage bis zu 30 Tagen (und relativ problemlos auch darüber hinaus) zu inhaftieren. Einige Exponenten des früheren Regimes sind, gestützt auf den SPA, wegen Korruptionsverdachts festgenommen worden. Ershad selber wird am 12. Juni 1991 wegen illegalen Waffenbesitzes erstinstanzlich zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Weitere Verfahren wegen Korruption sind gegen ihn hängig.



Die Chittagong Hill Tracts (CHT), wo bewaffnete Gruppen der ortsansässigen, nicht-bengalischen Volksstämme, die sogenannten Shanti Bahinis, einen Kleinkrieg gegen bengalische Ansiedler und die Armee führen, sind nach wie vor militärisches Sperrgebiet. Menschenrechtsorganisationen, welche im übrigen Land sonst ungehindert tätig sein können, haben dort keinen Zugang.

#### Bemerkungen zu den Prüfungskriterien "Safe Country":

- ad.1-5: Siehe Text.
- ad.7: Berücksichtigt wurden der US-Country Reports on Human Rights Practices for 1990 sowie Berichte von Amnesty International.
- ad.8-10: Es gibt keine innerstaatliche Fluchtalternative.
- ad.11: Bangladesh hat mit der Verfassungsänderung von einem präsidentialen Zentralismus zu einem parlamentarischen System gewechselt.
- ad.12: Siehe Text.

Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

## Ghana: Politische und Menschenrechtssituation - Kurzanalyse

Seit dem Staatsstreich vom 31. Dezember 1981 wird Ghana durch den **Provisional National Defense Council** regiert, der "de facto" die legislative, exekutive sowie - durch seine Delegierten - grosse administrative und judikative Gewalten besitzt. Das politische System bleibt restriktiv, die **politischen Parteien** sind verboten. Eine Nationalversammlung existiert nicht, sondern lediglich rein konsultative "District Assemblies". Nach den "séminaires sur la démocratisation", die die Behörden von Juli bis November 1990 organisieren, kündigt Präsident Rawlings am 10. Mai 1991 die Einberufung einer **konsultativen Nationalversammlung** an, beauftragt mit der Ausarbeitung einer **neuen Verfassung** im Hinblick auf die Einführung des **Mehrparteiensystems**. Die Arbeiten dieser Versammlung (258 Mitglieder) beginnen am 27. August 1991 und sollen am 31. Dezember 1991 abgeschlossen sein. Ein **Volksreferendum**, **Präsidenten-** und **Parlamentswahlen** sollen im Laufe des Jahres 1992 folgen. Die politischen Oppositionsparteien (seit dem August 1991 im **Comité de Coordination des Forces démocratiques (CCDF)** vereinigt und angeführt von Persönlichkeiten des **Movement for Freedom and Justice**) sind von den Arbeiten der konsultativen Nationalversammlung ausgeschlossen und können an der Ausarbeitung der Verfassung nicht teilnehmen, obwohl sie durch diese rehabilitiert werden sollen. Zudem bleiben die Parteien bis zum Abschluss der Arbeiten dieser Versammlung verboten.

Die **Menschenrechtssituation** in Ghana ist im allgemeinen nicht allzu schlecht, bestimmte negative Punkte bleiben aber bestehen. Zur Bekämpfung einer Serie von **Staatsstreichversuchen**, **Demonstrationen** von Arbeitern und Studenten und sogar von **politischen "Meetings"** hat die PNDC ein **Gesetz über die Präventivhaft** erlassen (und häufig angewendet), das die unbefristete Inhaftierung von Personen erlaubt, die verdächtigt werden, "de porter atteinte à la sécurité nationale". So werden die Urheber des letzten "Putschversuchs" von 1989 noch immer ohne Gerichtsurteil festgehalten. Die Behörden haben zudem 1982 **Ausnahmegerichte** ("Public Tribunals") geschaffen, die berechtigt sind, für besonders schwere (strafrechtliche und politische) Verbrechen die **Todesstrafe** auszusprechen. Dennoch wird eine Verhaltensänderung der Behörden gegenüber der politischen Opposition immer sichtbarer. So hat die Regierung am 19. Juni 1991 eine **Teilamnestie** zugunsten der Exilpolitiker ausgesprochen, wobei aber Personen, die der "Subversion" angeklagt sind, ausgenommen sind. Die Präventivhaft, die fast ausschliesslich gegenüber den hauptsächlichen Oppositionsführern angewandt wird, dauert nurmehr einige Tage oder Wochen. Die Opposition kann seit kurzem sogar ungestört Pressekonferenzen abhalten. Auf **religiösem Gebiet** wurde das Mormonenverbot aufgehoben, die Stellung der Zeugen Jehovas wird überprüft.







## NIGERIA: Politik und Menschenrechte - Kurzanalyse

Seit dem Staatsstreich von 1985 leitet General Ibrahim BABANGIDA die **Militärregierung** (Federal Military Government). Diese hat versprochen, im Laufe des Jahres 1992 zu einer Zivilregierung zurückzukehren. Um dies zu bewerkstelligen, tritt im Mai 1989 eine **neue Verfassung** in Kraft und werden am 8. Dezember 1990 lokale Wahlen abgehalten (Vor Ende 1992 sollen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden). Das von der Regierung ausgearbeitete Programm schliesst theoretisch - in der Realität scheint es anders zu sein - die ehemals politisch Aktiven von den Wahlen aus. Ferner haben die Behörden im Rahmen des neuen Systems zwei Parteien kreiert, die als einzige berechtigt sind, am Wahlkampf teilzunehmen: die "**Social Democratic Party**", die die Wahlen vom Dezember 1990 gewinnt, und die "**National Republican Convention**". Die Auswahl widerspiegelt den Versuch der Regierung, wirklich "nationale" Parteien zu bilden, in denen alle Bevölkerungsteile ohne Rücksicht auf regionale (Norden - Süden), ethnische (Hausa, Yoruba - Tiv, Ibos) oder religiöse (Muslime - Christen) Unterschiede vertreten wären. Man ist bestrebt, sorgfältig allen **Fragen religiösen oder ethnischen Inhalts** auszuweichen, weil diese Themen schon oft dazu beigetragen haben, das Land in Konflikte zu stürzen.

Der **Staatsstreichversuch** am 22. April 1990, der von Christen organisiert und durchgeführt wird, und die **religiös motivierten Krawalle**, die im Norden des Landes im April 1991 von extremistischen Muslimen angestachelt werden (mehr als 200 Tote), komplizieren und behindern dennoch den Übergang zur Demokratie.

Die Militärregierung Babangida übernimmt 1985 die Macht mit dem Versprechen, die vormals häufigen Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Im Rahmen eines Übergangsprogrammes werden zur Zeit die politischen Rechte schrittweise wieder eingeführt. Obwohl die nigerianische Gesellschaft in hohem Mass von ethnischen und religiösen Konflikten geprägt ist, gibt es derzeit keine Verfolgung oder Unterdrückung einzelner ethnischer oder religiöser Gruppen durch den nigerianischen Staat. Die Religionsfreiheit ist garantiert. Die Behörden versuchen lediglich, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen aufrechtzuerhalten und beschränken sich anlässlich religiös motivierter Zusammenstösse auf die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. In nördlichen Gebieten wohnhafte Christen können sich in den Süden des Landes, wo die Bevölkerungsmehrheit aus Christen besteht, begeben. Die nigerianische Presse erfreut sich - bezogen auf afrikanische Verhältnisse - einer grossen Freiheit. Die verschiedenen Militärregierungen haben in Nigeria die Meinungsäusserungsfreiheit kaum angefasst.

Ein Vorbehalt ist dennoch zu machen: Offensichtliche Menschenrechtsverletzungen stellen die gerichtlichen "Schnellverfahren" dar, die zur **Erschiessung** von 69 in den Putsch vom April 1990 verwickelten Personen

führen (mehrere Personen werden zudem verhaftet und festgehalten, ohne dass eine Anklage oder ein rechtskräftiges Urteil bestanden hätten). Die als "Putschisten" bezeichneten Personen werden durch ein **ausserordentliches Militärgericht** verurteilt. Eine ca. 20 Personen umfassende Gruppe von Putschteilnehmern wird heute noch behördlich gesucht. Die per Dekret gebildeten Militärgerichte sind befugt, bei groben gemeinrechtlichen Verstössen (Mord, Waffendiebstahl u.ä.) die **Todesstrafe** zu verhängen. Im Laufe des Jahres 1990 werden mehrere Personen wegen solcher Delikte erschossen oder zum Tode verurteilt. Ein späteres Dekret gestattet den Behörden jede Person, die für den Staat eine Gefahr darstellt, ohne Anklage oder Verurteilung für die Dauer von **6 Wochen in Präventivhaft** (bis Januar 1990: 6 Monate) zu nehmen.

Abschliessend sei festgehalten, dass Nigeria die beiden UNO-Menschenrechtskonventionen vom Dezember 1966 weder unterzeichnet noch ratifiziert hat.

#### Bemerkungen zu den Prüfungskriterien "Safe Country":

- ad 1 - 5: Siehe Text
- ad 7: "Country Report on Human Rights Practices for 1990" (US Department of State). Verschiedene Berichte von Amnesty International.
- ad 8 - 12: Mindestens 5 Vereinigungen sind in Nigeria aktiv. Die bekannteste ist die "Civil Liberty Organization" (CLO). Im Laufe des Jahres 1990 konnte Amnesty International ohne Auflagen oder Einschränkungen der Regierung das Land besuchen.
- ad 9 - 10: Momentan sind zwei Staaten im Norden des Landes wegen religiös bedingter Streitigkeiten mit einem Ausgehverbot belegt. Von ähnlichen Massnahmen für den Rest des Landes ist nichts bekannt.  
Nigeria ist eines der grössten afrikanischen Länder (ca. 1 Mio. km<sup>2</sup>.) und das am stärksten bevölkerte (110 Mio. Einwohner).
- ad 11 : Nigeria ist eine "Bundesrepublik".



Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

## ROUMANIE: Situation politique et droits de l'homme - Brève analyse

Même après les élections libres du 20 mai 1990, la situation politique en Roumanie demeure confuse et instable. De fréquentes manifestations sur un arrière-plan économique ou politique marquent la vie quotidienne. Les dernières, du 26 au 28 septembre 1991, organisées essentiellement par des mineurs ont entraîné la chute du gouvernement Roman, l'un des représentants les plus en vue du Front de salut national. Le gouvernement suivant, dirigé par Theodor Stolojan, sans parti, est soutenu par une large majorité parlementaire, opposition incluse. Ce nouveau gouvernement d'unité nationale ne s'ouvre que faiblement sur le plan politique (10 membres du Front de salut national, 6 indépendants proches du Front et 5 membres de l'opposition). Une fois adoptée la nouvelle constitution par le Parlement, son but suprême, a-t-il déclaré, est d'organiser "des élections générales, libres et justes" ainsi que d'assurer la poursuite des réformes et du processus démocratique. Il s'agit également de venir à bout des derniers vestiges du communisme et d'éliminer les organes de décision dans l'appareil de l'Etat qui sont encore entachés d'idéologie communiste. En outre, la direction du service secret SRI (nouvellement créé) devrait être changée. Dans quelle mesure ces réformes pourront-elles aboutir contre l'omniprésence des représentants de l'ancienne nomenklatura et des cercles nationalistes et xénophobes? L'avenir le dira. La tentative de donner au pouvoir une plus large assise s'achoppe sur l'effritement du Front de salut national et de l'opposition politique représentée au Parlement. Une exception est constituée par le groupe porteur de l'opposition extraparlamentaire, l'Alliance des citoyens, qui veut devenir un véritable parti et adopter une ligne de plus grande ouverture sur le monde.

Fin 1989, le nouveau gouvernement a aboli la plupart des décrets datant de l'ère Ceaucesco qui limitaient les droits de l'homme et les droits civiques. Les droits fondamentaux, à savoir la liberté d'opinion, religieuse, de déplacement, d'association et de manifestation, sont assurés. Au début de 1990, une amnistie a été prononcée concernant les délits politiques commis sous Ceaucesco. L'opposition a accès à la télévision (d'Etat), la presse est libre. Toutefois, les journaux d'opposition souffrent plus fortement de la pénurie de matériel. Dans le domaine des droits de l'homme, les questions des minorités ne sont toujours pas résolues de manière satisfaisante. L'association nationaliste "Patrie roumaine", tolérée par le gouvernement et infiltrée d'anciens membres de la Securitate, se voit reprocher d'attiser le conflit ethnique entre la Hongrie et la Roumanie. De même, certains opposants se plaignent d'attaques à l'ancienne mode, c'est-à-dire de menaces anonymes et de tentatives d'intimidation. La restructuration projetée de la justice, naguère inféodée à Ceaucesco, n'est qu'à ses tout débuts. Les procès contre des membres de la nomenklatura et de la Securitate n'avancent qu'à petits pas et se bornent à établir l'éventuel comportement (fautif) des inculpés pendant la révolution roumaine de décembre 1989. Enfin, de nombreuses questions au sujet de la trop célèbre Securitate demeurent sans réponse.



Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

### Remarques au sujet des critères d'appréciation pour désigner un Etat exempt de persécutions:

- ad 1 à 5: Voir texte.
- ad 6: La Roumanie tend à adhérer au Conseil de l'Europe et le cas échéant à l'OTAN.
- ad 7: Notamment en raison des incidents de la Place de l'Université en été 1990, à Bucarest - le gouvernement avait engagé des mineurs à sa solde contre les manifestants -, il y avait lieu de faire des réserves compréhension roumaine de la démocratie.
- ad 8: Des organisations roumaines de défense des droits de l'homme autorisées, de même l'Allemand de Roumanie Helmut Frauendorfer, exilé depuis 1987, a pu organiser le 20 octobre 1990 à Temesvar la conférence "Démocratie et droits de l'homme". En outre, Amnesty International est représentée en Roumanie.
- ad 9: La Roumanie est un pays hautement centralisé sans possibilité de fuite intérieure. Les anciennes structures demeurent plus vivaces à la campagne que dans les centres urbains.
- ad 10 à 13: Voir point 9 ou le texte.



Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

## ANGOLA: Situation politique et droits de l'homme - Brève analyse

La signature, le 31 mai 1991 à Lisbonne, du traité de paix par le président José Eduardo DOS SANTOS et le chef de l'UNITA (Association nationale pour la libération complète de l'Angola) Jonas Malheiro SAVIMBI, a mis fin officiellement à 16 années de guerre civile en Angola. En vue de la création d'une **armée nationale**, environ la moitié des effectifs des troupes gouvernementales et de celles de l'UNITA se sont retrouvés, fin octobre 1991, dans 51 lieux de rassemblement. Un bureau de l'UNITA a été ouvert à Luanda et le 29 septembre 1991, le retour de Jonas Savimbi et de Holden Roberto, chef en exil du Front national angolais de libération, a donné le coup d'envoi à la "campagne électorale". Depuis l'entrée en vigueur de la loi autorisant la pluralité des partis à fin mai 1991, environ 60 nouveaux groupements politiques se sont créés. Quelques-uns d'entre eux ont de la peine, toutefois, à réunir les 3000 signatures requises pour l'enregistrement définitif. Dans l'enclave de **Cabinda**, des affrontements sporadiques continuent d'avoir lieu entre l'armée régulière et le front de libération du Cabinda qui refuse de déposer les armes.

La fin officielle de la guerre civile améliore sensiblement le respect des droits de l'homme. Dès le mois de février, le **Ministère de la sécurité de l'Etat**, de sinistre mémoire, était dissous. La Constitution, révisée récemment, prévoit le rétablissement des droits politiques (syndicats etc.) et des libertés (presse, culture). En plus de l'amélioration dans le domaine des droits politiques, il faut mentionner la **nouvelle loi sur l'amnistie** du 12 juillet 1991. Celle-ci accorde l'amnistie pour tous les délits commis avant le 31 mai 1991 contre la sécurité de l'Etat, pour les crimes de droit commun punis d'emprisonnement et pour les délits commis par les forces militaires. Quant aux peines non couvertes par l'amnistie, elles sont réduites et les sentences de mort commuées en peines de détention. En raison de ces dispositions et de la fin de la guerre civile, de nombreux échanges de prisonniers ont lieu. De même, plusieurs détenus politiques, notamment 13 membres de l'Eglise Toko, ont été libérés. Le fait que le discours prononcé par Jonas Savimbi à l'occasion de son retour à Luanda a été retransmis par les médias constitue une preuve de la liberté croissante accordée à ces derniers.

L'Angola n'a, jusqu'ici, signé ou ratifié aucune des conventions sur les droits de l'homme.



Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

Annexe: Situation politique et droits de l'homme - Brève analyse

### Remarques au sujet des critères d'appréciation pour déterminer un Etat exempt de persécutions:

- ad 1 - 5: Voir texte
- ad 7 : "Country Report on Human Rights Practices for 1990"  
(US Department of State)
- ad 8 - 12: On ne possède aucun renseignement sur l'existence éventuelle de groupes militant pour le respect des droits de l'homme ou sur d'autres activités allant dans le même sens, ni sur la présence de commissions d'enquête internationales. Le Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés, le CICR et les observateurs de l'ONU se trouvent sur place.
- ad 9 - 10: Les anciens théâtres d'opérations au sud et au nord du pays sont encore peu sûrs, ainsi que le Cabinda où le FLEC (Front de libération) refuse de déposer les armes. Dans la province de Luanda, le couvre-feu a été levé après 14 ans. L'Angola est un pays aux dimensions gigantesques: 1'246'700 km<sup>2</sup>.
- ad 11 : République centralisée à système présidentiel.



Bundesamt für Flüchtlinge  
 Office fédéral des réfugiés  
 Ufficio federale dei rifugiati

## BANGLADESH: Situation politique et droits de l'homme - Brève analyse

Depuis la chute de l'ancien homme fort, le général Ershad, en décembre 1990, la fonction de président par intérim est assurée par Shahabuddin AHMED, qui est accepté par tous les partis. Le 27 février 1991, celui-ci a fait organiser les premières élections parlementaires vraiment démocratiques du pays, dont le Bangladesh National Party (BNP) est sorti vainqueur. Il a formé un gouvernement présidé par la Bégum Khaleda Zia. Confrontée à des problèmes économiques et écologiques, elle doit encore faire ses preuves. L'armée, jusqu'ici principal acteur politique, se tient sur la réserve.

Le 7 août 1991, le Parlement a voté un changement de constitution devant instituer un système parlementaire après 16 ans de dictature présidentielle. Le président n'aura plus de pouvoirs particuliers. Lors du référendum qui a suivi, 85 % des votants ont approuvé ce changement de constitution. Grâce à l'élection de son candidat Abdur Rahman Biswas au poste de président du Bangladesh, le gouvernement de Khaleda Zia a pu continuer de consolider sa position.

Les droits de l'homme fondamentaux sont assurés par la constitution. En janvier 1991, le gouvernement transitoire a amnistié quelque 13'000 détenus, dont plus de 2'500 prisonniers politiques. Le gouvernement transitoire assure aussi que les personnes arrêtées en raison des dispositions du droit martial peuvent demander un réexamen de leur cas. De même, le gouvernement laisse entrevoir qu'il révisera le Special Powers Act (SPA) de 1974 qui donne le droit aux autorités d'incarcérer les gens sans accusation formelle jusqu'à 30 jours (et au-delà sans complication majeure). C'est sur la base de ce texte que certaines personnes compromises de l'ancien régime et soupçonnées de corruption ont été appréhendées. Ershad lui-même a été condamné le 12 juin 1991 en première instance à 10 ans de prison pour possession illégale d'armes. D'autres inculpations pour corruption sont susceptibles d'être entamées contre lui.

Les Chittagong Hill Tracts (CHT) où des groupes armés de tribus indigènes non bengalis, les Shanti Bahinis, mènent une guerrilla contre les colons bengalis et l'armée, demeurent zone militaire interdite. Les organisations de défense des droits de l'homme, qui peuvent sinon exercer leur activité sans entrave dans tout le pays, n'ont pas accès à ces territoires.



Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

Titre: Situation politique et droits de l'homme - brève analyse

**Remarques au sujet des critères d'appréciation pour déterminer un Etat exempt de persécutions:**

- ad 1 à 5: Voir texte.
- ad 7: Les documents pris en compte sont les US-Country Reports on Human Rights Practices for 1990 ainsi que des rapports d'Amnesty International.
- ad 8 à 10: Il n'existe pas de possibilité de fuir à l'intérieur même du pays.
- ad 11: Avec son changement de constitution, le Bangladesh a passé d'un centralisme présidentiel à un système parlementaire.
- ad 12: Voir texte.

En 1991, le Bangladesh a connu une transition démocratique. Les élections ont été organisées et les partis d'opposition ont été autorisés à participer à l'élaboration de la constitution. Cependant, les droits de l'homme ne sont pas toujours respectés. Certains points négatifs restent à régler. Afin de lutter contre une série de tentatives de coup d'Etat, de démons-trations qu'on appelle "mattings" politiques, le PRC a adopté - et souvent appliqué - une loi sur la détention préventive qui autorise la détention illimitée de personnes soupçonnées de porter atteinte à la sécurité nationale. C'est ainsi que les auteurs de la dernière tentative de putsch, en 1989, ont toujours été détenus sans avoir été jugés par un tribunal. Les autorités ont aussi créé en 1982 des tribunaux d'exception ("Public Tribunals") habilités à prononcer la peine de mort pour des crimes (politiques et de droit commun) d'une gravité particulière. Néanmoins, un changement d'attitude de la part des autorités envers l'opposition politique devient de plus en plus manifeste. Ainsi, le gouvernement a annoncé, le 19 juin 1991, une amnistie partielle en faveur des exilés politiques; toutefois, les personnes accusées de subversion en sont exclues. La durée de la détention préventive, appliquée presque exclusivement aux principaux chefs de l'opposition, n'est plus que de quelques jours à quelques semaines. L'opposition a même la possibilité, depuis peu, de tenir des conférences de presse sans être inquiétée. Pour ce qui est de douze réfugiés, les Nations-Unies ont plus tard interdit la situation des témoins de Jéhova est actuellement excellente.





Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

## GHANA: Situation politique et droits de l'homme - Brève analyse

Depuis le coup d'Etat du 31 décembre 1981, le Ghana est dirigé par le **Provisional National Defense Council** qui, de fait, exerce les pouvoirs législatif et exécutif et qui, à travers ses délégués, possède des pouvoirs étendus en matière administrative et judiciaire. Le système politique reste restrictif, les **partis politiques** étant interdits. Il n'existe pas d'Assemblée nationale, seulement des "Assemblées de district" purement consultatives. Après que les autorités eurent organisé des "séminaires sur la démocratisation" de juillet à novembre 1990, le Président Rawlings a convoqué, le 10 mai 1991, une **Assemblée nationale consultative** chargée d'élaborer une **nouvelle constitution** permettant l'introduction du **pluripartisme**. Les travaux de cette assemblée de 258 membres, commencés le 27 août 1991, devraient être terminés le 31 décembre 1991. L'année 1992 verra probablement l'instauration du référendum populaire et l'organisation d'**élections présidentielles et parlementaires**. Les partis d'opposition, réunis depuis août 1991 au sein du **Comité de Coordination des Forces démocratiques / CCDF** et dirigés par des personnalités du **Movement for Freedom and Justice**, sont exclus des travaux de l'Assemblée nationale consultative et ne peuvent donc participer à l'élaboration de la constitution, bien que celle-ci doive les réhabiliter. En outre, les partis restent interdits jusqu'à l'achèvement des travaux de l'Assemblée.

Dans l'ensemble, les **droits de l'homme** ne sont pas trop mal respectés. Certains points négatifs restent toutefois à régler. Afin de lutter contre une série de **tentatives de coup d'Etat**, de **démonstrations** ouvrières et estudiantines et même de "**meetings**" politiques, le PNDC a adopté - et souvent appliqué - une **loi sur la détention préventive** qui autorise la détention illimitée de personnes soupçonnées de porter atteinte à la sécurité nationale. C'est ainsi que les auteurs de la dernière tentative de putsch, en 1989, sont toujours détenus sans avoir été jugés par un tribunal. Les autorités ont aussi créé en 1982 des **tribunaux d'exception** ("Public Tribunals") habilités à prononcer la **peine de mort** pour des crimes (politiques et de droit commun) d'une gravité particulière. Néanmoins, un changement d'attitude de la part des autorités envers l'opposition politique devient de plus en plus manifeste. Ainsi, le gouvernement a annoncé, le 19 juin 1991, une **amnistie partielle** en faveur des exilés politiques; toutefois, les personnes accusées de subversion en sont exclues. La durée de la détention préventive, appliquée presque exclusivement aux principaux chefs de l'opposition, n'est plus que de quelques jours à quelques semaines. L'opposition a même la possibilité, depuis peu, de tenir des conférences de presse sans être inquiétée. Pour ce qui est du **domaine religieux**, les Mormons ne sont plus interdits et la situation des Témoins de Jéhova est actuellement examinée.



Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

THEMA: Situation politique et droits de l'homme - Brève analyse

**Remarques au sujet des critères d'appréciation pour déterminer un Etat exempt de persécutions:**

- ad 1 - 5: Voir texte
- ad 7 : "Country Report on Human Rights Practices for 1990" (US Department of State)
- ad 8 - 12: On ne possède aucune information sur la présence d'organisations de défense des droits de l'homme au Ghana. AI a pu visiter le pays en avril 1991.
- ad 9 - 10: Les autorités ghanéennes semblent avoir la situation bien en main. Surface: 238'537 km<sup>2</sup> (environ six fois la Suisse).
- ad 11 : République centralisée (PNDC très puissant).



Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

## NIGERIA: Situation politique et droits de l'homme - Brève analyse

Depuis le coup d'Etat de 1985, le général Ibrahim BABANGIDA dirige le **gouvernement militaire** (Federal Military Government). Il a promis le retour à un gouvernement civil au cours de 1992. A titre préparatoire, une **nouvelle constitution** entre en vigueur en mai 1989 et le 8 décembre 1990 ont lieu des élections locales (Les élections parlementaires et présidentielles doivent se dérouler avant la fin de 1992). Le programme élaboré par le gouvernement exclut de ces élections les anciens éléments politiquement actifs, en théorie du moins, car la pratique semble différente. Par ailleurs, dans le cadre du nouveau système, les autorités ont créé deux partis qui seront les seuls autorisés à prendre part aux élections: le "**Social Democratic Party**", qui a gagné les élections de décembre 1990, et la "**National Republican Convention**". Ce choix reflète la tentative du gouvernement de constituer des partis vraiment "nationaux", où toutes les parties de la population pourraient être représentées, sans restriction régionale (Nord - Sud), ethnique (Hausa, Yoruba - Tiv, Ibos) ou religieuse (musulmans - chrétiens). On s'efforce d'esquiver soigneusement toutes les **questions religieuses ou ethniques**, parce que ces thèmes ont souvent contribué à précipiter le pays dans les conflits.

La **tentative de coup d'Etat** du 22 avril 1990, préparée et organisée par des chrétiens, et les **émeutes à motifs religieux** en avril 1991, au nord du pays, qui ont été fomentées par des extrémistes musulmans (plus de 200 morts) compliquent et entravent cependant le passage à la démocratie.

Le gouvernement militaire Babangida prend le pouvoir en 1985 en promettant de mettre un terme aux violations auparavant fréquentes des droits de l'homme. Dans le cadre d'un programme transitoire, les droits politiques sont actuellement réintroduits pas à pas. Bien que la société nigérienne soit hautement imprégnée de conflits ethniques et religieux, l'Etat n'exerce pour le moment aucune persécution ou répression contre l'un ou l'autre des groupes ethniques ou religieux. La liberté de religion est garantie. Les autorités essaient simplement de maintenir un certain équilibre entre les différents groupes et, lors d'affrontements à arrière-plan religieux, se bornent à rétablir le calme et l'ordre. Les chrétiens habitant le nord du pays peuvent se rendre dans la partie méridionale où la majorité de la population est chrétienne. La presse nigérienne jouit - par rapport aux conditions africaines - d'une grande liberté. Les différents gouvernements militaires du Nigéria n'ont pratiquement pas touché à la liberté d'opinion.



Bundesamt für Flüchtlinge  
Office fédéral des réfugiés  
Ufficio federale dei rifugiati

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'AFFARI ESTERNE

Toutefois, il y a lieu de formuler une réserve: Des violations manifestes des droits de l'homme se sont produites lors des "procédures sommaires" des tribunaux qui ont abouti à la fusillade de 69 personnes, impliquées dans le putsch d'avril 1990 (en outre, de nombreuses personnes ont été arrêtées et incarcérées sans chef d'accusation ni jugement). Ceux qu'on qualifie de "putschistes" sont exclusivement jugés par une **cour martiale d'exception**. Une vingtaine de participants au putsch sont recherchés activement aujourd'hui encore. Les tribunaux militaires, constitués par décret, ont le droit de prononcer la **peine de mort** lors de graves atteintes au droit (meurtre, vol d'armes, etc.). Au cours de 1990, plusieurs personnes ont été fusillées ou condamnées à mort pour de tels délits. Un décret ultérieur autorise les autorités à maintenir toute personne qui représente un danger pour l'Etat **en détention préventive pour une durée de 6 semaines** (jusqu'en janvier 1990: 6 mois), sans inculpation ou condamnation.

Enfin, relevons que le Nigéria n'a ni signé ni ratifié les deux conventions de l'ONU sur les droits de l'homme de décembre 1966.

#### Remarques au sujet des critères d'appréciation pour déterminer un Etat exempt de persécutions:

- ad 1 à 5: Voir texte.
- ad 7: "Country Report on Human Rights Practices for 1990" (US Department of State). Différents rapports d'Amnesty International.
- ad 8 à 12: Au moins 5 associations sont actives au Nigéria. La plus connue est la "Civil Liberty Organization" (CLO). Au cours de 1990, Amnesty International a pu visiter le pays sans consignes, ni restrictions du gouvernement.
- ad 9 à 10: Pour le moment, les habitants de deux provinces au nord du pays n'ont pas le droit de sortir de ces territoires, en raison de conflits d'origine religieuse. Aucune mesure analogue n'est connue dans le reste du Nigéria. Le Nigéria est l'un des plus grands pays africains (env. 1 million de km<sup>2</sup>) et l'un des plus peuplés (110 millions d'habitants).
- ad 11: Le Nigéria est une "république fédérale".



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 22. November 1991

An den Bundesrat

Bezeichnung von Rumänien, Angola und Bangladesh als verfolgungssichere  
Länder im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz  
Prüfung und Zurückstellung von Ghana und Nigeria

Mitbericht

zum Antrag des EJPD vom 18. November 1991

Wir sind mit den Antrag des EJPD nicht einverstanden und beantragen, den  
Entscheid zurückzustellen.

Begründung

1. Formelle Gründe

Die für die aussen- und innenpolitische Tragweite dieses Geschäftes unabdingbare ordentliche Aemterkonsultation hat nicht stattgefunden. Eine solche muss jedoch vorgängig des Entscheides durch den Bundesrat durchgeführt werden. Wir verweisen auf das Aussprachepapier über die Prüfungskriterien für die Bezeichnung von verfolgungssicheren Ländern im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz, wo im Rahmen der Ergebnisse der Aemterkonsultation festgehalten wurde, "dass Vorschläge für die Bezeichnung eines Safe Country auf Aemterebene nur nach Absprache zwischen den zuständigen Stellen des EDA und des BFF erfolgen". Der Bundesrat hat von diesem Aussprachepapier am 18. März 1991 Kenntnis genommen.

Wir stellen fest, dass auch beim dritten Antrag zur Bestimmung verfolgungssicherer Staaten der Stellungnahme des EDA nicht der nötige Zeitrahmen zur menschenrechtlichen und ausserpolitischen Beurteilung zugebilligt wird. Der Antrag zur Bezeichnung neuer verfolgungssicherer Staaten ist kein so dringliches Bundesratsgeschäft, das es rechtfertigen würde, die Mitwirkung des EDA ausser Acht zu lassen.

Unter Punkt 3 "Ergebnisse der Aemterkonsultation" führt das EJPD auf: "Das EDA wurde orientiert. Die schriftliche Stellungnahme liegt indessen noch nicht vor."

Zu dieser Aussage halten wir fest, dass das Bundesamt für Flüchtlinge das EDA am 21. Oktober 1991 mit Unterlagen bedient und es aufgefordert hatte, den Vorschlag für die Bezeichnung der fünf Länder Rumänien, Angola, Ghana, Nigeria und Bangladesh als Safe Countries zu prüfen und bis zum 29. November 1991 Stellung zu nehmen.

Am 11. November 1991 wurde dem EDA dann mündlich mitgeteilt, dass der neue Safe-Country-Antrag am 25. November 1991 im Bundesrat behandelt werden soll und dass auf die Aemterkonsultation verzichtet werde.

## 2. Materielle Gründe

### 2.1 Allgemeines

Das EDA hat in der Vergangenheit mehrfach seine restriktive Haltung bei der Bezeichnung von Ländern als verfolgungssicher im Sinne von Art. 16 Abs. 2 AVB dargelegt. Es hat sich immer wieder gegen eine Relativierung und Aufweichung des Begriffs der Verfolgungssicherheit gewandt. Die Entstehungsgeschichte dieser Bestimmung zeigt, dass diese Zurückhaltung dem Willen des Gesetzgebers entspricht.

Die seit der Einführung dieser Prüfungskriterien gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass die restriktive Haltung des EDA durchaus am Platz ist. Das Beispiel Algerien macht deutlich, dass die Bezeichnung eines bestimmten Landes als verfolgungssicher ausserpolitische, vor allem menschenrechtspolitische Konsequenzen hat. Die Bezeichnung als "Safe Country" wird von den betreffenden Ländern als ausserpolitisches Signal verstanden, das die bilateralen Beziehungen positiv beeinflussen kann. Verschlechtert sich die Menschenrechtssituation in einem "Safe Country", wie dies z.B. in Algerien geschehen ist (blutige politische Unruhen, politische Verhaftungen, Ausnahmezustand), ist es aber aus ausserpolitischen Gründen kaum mehr möglich, dieses Land aus der Liste der verfolgungssicheren Länder zu streichen. Ein solcher Akt würde als unfreundlich gegenüber der dortigen Regierung empfunden und gäbe unter Umständen falsche ausserpolitische Signale. Dies hat zur Folge, dass beispielsweise Algerien trotz grosser politischer und menschenrechtlicher Probleme auf der Liste der verfolgungssicheren Länder geblieben ist, trotz entsprechender Intervention des UNHCR beim BFF. Die Bezeichnung eines Landes als verfolgungssicher wirkt zudem wie ein menschenrechtspolitischer Blanko-Check, den die betreffenden Regierungen sowohl in innenpolitischer wie ausserpolitischer Hinsicht verwenden können. Dies stellt die Glaubwürdigkeit unserer Menschenrechtspolitik in Frage. Wie der Bericht des Bundesrates zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik ausführt, ist eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik für die Ursachenbekämpfung von Flüchtlingsströmen von zunehmender Wichtigkeit.

Diese Ueberlegungen führen das EDA zur Ueberzeugung, dass die erwähnten Prüfungskriterien in der Praxis noch restriktiver als bis anhin angewendet werden müssen. Dies gilt im besonderen für folgende Punkte der Kriterienliste:

Ziff. 3 : Die politische Stabilität, welche ein verfolgungssicheres Land aufweisen muss, ist ein besonders ernstzunehmendes Kriterium. Die praktische Erfahrung am Beispiel Algerien hat gezeigt, dass der Bundesrat wegen aussenpolitischer Rücksichtnahme auf die Veränderungen der politischen Stabilität in einem verfolgungssicheren Land nicht mit der aus menschenrechtspolitischer Sicht gewünschten Konsequenz reagieren kann. Dies bedeutet, dass zum Zeitpunkt des Entscheides über die Verfolgungssicherheit hohe Anforderungen an die politische Stabilität gestellt werden müssen.

Ziff. 5 : Als massgeblichen Standard für die Beurteilung der Menschenrechtssituation in einem bestimmten Land nennt die Kriterienliste die Achtung der im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verankerten Menschenrechte. Auch wenn in diesem Zusammenhang nicht ein allzu hoher Massstab angesetzt werden kann, müssen doch die erwähnten Menschenrechte und Grundfreiheiten in einem verfolgungssicheren Land grundsätzlich garantiert sein und respektiert werden. Die Berufung auf ein völkerrechtliches Instrument wie den obenerwähnten Pakt bringt es mit sich, dass dieser Massstab auch ernsthaft angewendet werden muss.

Ziff. 9/10 : Die innerstaatliche Fluchtalternative ist als Element eines verfolgungssicheren Landes nicht überzubewerten. Solche Fluchtalternativen müssen für potentielle innerstaatliche Flüchtlinge vor allem auch allgemein zumutbar sein.

Schliesslich ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die Anzahl von hängigen Asylgesuchen in der Schweiz oder eine bis heute niedrige Anerkennungsquote für Asylbewerber aus einem bestimmten Land keinen Einfluss auf dessen Bezeichnung als verfolgungssicher haben kann. Der "Safe Country"-Entscheid muss auf die tatsächliche Menschenrechtssituation im betreffenden Land abstellen.



## 2.2 Zu den vom EJPD vorgeschlagen Ländern im einzelnen

Gestützt auf unsere Analysen gelangen wir zu folgenden Beurteilungen:

### **ROUMANIE**

Même si la situation des droits de l'homme dans ce pays s'est encore améliorée au cours de cette année, elle reste préoccupante sur un certain nombre de points importants.

En conclusion, nous sommes d'avis que, avant de prendre la décision de désigner la Roumanie comme un "Safe Country", il serait opportun d'attendre:

- que le Parlement adopte la Constitution (prévu en décembre 1991);
- que se soient déroulées les élections locales (prévues en janvier/février 1992) et nationales (prévues au printemps 1992);
- que la Commission des droits de l'homme de l'ONU tranche, lors de sa prochaine session (février/mars 1992) la question de savoir s'il faut renouveler ou non le mandat du Rapporteur spécial sur la Roumanie.

Le DFAE propose dès lors le renvoi de cette décision.

### **ANGOLA**

Angola hat am 31. Mai 1991 die Uebergangsphase vom Bürgerkrieg zu einem demokratischen Rechtsstaat begonnen. Der vom IKRK überwachte Austausch der Kriegsgefangenen ist noch nicht abgeschlossen. Der Einzug der Armeen in Sammelager und deren Entwaffnung verläuft nicht reibungslos. Eine lokale Befreiungsfront in der nördlichen

Esklave Cabinda weigert sich, die Waffen niederzulegen. Obwohl die Grundfreiheiten in der Verfassung garantiert werden, bietet die jetzige Situation wenig Gewähr, dass die rechtsstaatlichen Prinzipien in der Praxis auch zum Tragen kommen (Ziffer 3 der Kriterien). Dass sich inzwischen über dreissig politische Parteien gebildet haben, ist allein noch keine Garantie für ein funktionstüchtiges Mehrparteiensystem. Die zur Ueberwachung des Demokratisierungsprozesses eingesetzte Militärisch-Politische Kommission in Luanda, der die USA, die Sowjetunion, Portugal und die UNO angehören, hat Schwierigkeiten, die aus dem Waffenstillstands- bzw. Friedensabkommen von Estoril folgenden Entscheidungen durchzusetzen. Die politische Zukunft Angolas bleibt, jedenfalls bis zu den Wahlen im Herbst 1992, unbestimmt, ein Rückgriff auf Gewalt ist nicht auszuschliessen.

Das EDA erachtet es daher als notwendig, den Entscheid vorläufig noch zurückzustellen.

#### **BANGLADESH**

Der angelaufene Demokratisierungsprozess in Bangladesh erlaubt noch keine eindeutigen Prognosen hinsichtlich des Versprechens der Regierung, die Menschenrechte zu achten. Auch die Anwendung der in der Verfassung verankerten rechtsstaatlichen Prinzipien ist in der Praxis nicht gewährleistet. Die "Special Power Acts" erlauben weiterhin unbegrenzte Administrativhaft (Ziffer 5 der Kriterien). Bangladesh hat bis heute kein internationales Instrument im Bereich der Menschenrechte ratifiziert. Die politischen Auseinandersetzungen sind virulent. Die Tradition des politischen Machtkampfes und die erst seit 8 Monate bestehende Demokratie erlauben es nicht, "die politische Stabilität für die nähere Zukunft" (Ziffer 3 der

## EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

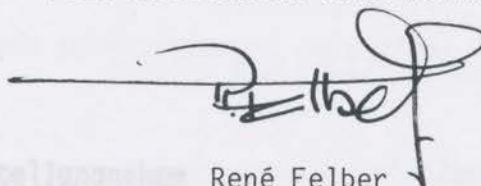
Kriterien) als gesichert zu betrachten. Die Politik der neuen Regierung betreffend die Chittagong Hill Tracts ist immer noch nicht ersichtlich. Das Gebiet ist jedoch weiterhin militärische Sperrzone mit bewaffneten Auseinandersetzungen. Bangladesh genügt damit den Ziffern 3 und 5 der Kriterien nicht; für die Bewohner der Chittagong Hill Tracts gibt es auch keine innerstaatliche Fluchtalternative im Sinne von Ziffer 9 und 10 der Kriterien.

## An den Bundesrat

Das EDA steht daher der Bezeichnung Bangladeshs als "Safe Country" ablehnend gegenüber.

Benennung von Somalia, Angola und Bangladesh als vorübergehende  
Länder im Sinne von Artikel 16 Abs. 1

Prüfung und Zurückstellung von

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN


Stellenname René Felber

mit Mitbericht des EDA vom 22. November 1991.

1. Wir sind mit der im Mitbericht des EDA beantragten Zurückstellung der  
Entscheidungen aus den unten angeführten Gründen nicht einverstanden.

2. Begründung

Im Gegensatz zum EDA sind wir der Auffassung, dass angesichts der  
gegenwärtigen politischen Lage in Asylbereich alle rechtlich zuläs-  
sigen Massnahmen mit grösster Dringlichkeit umzusetzen sind.

Dabei geht auch das EJPD davon aus, dass asylpolitische Überlegen-



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

3003 Bern, 25. Nov. 1991

An den Bundesrat

**Bezeichnung von Rumänien, Angola und Bangladesh als verfolgungssichere  
 Länder im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz**

**Prüfung und Zurückstellung von Ghana und Nigeria**

Stellungnahme

zum Mitbericht des EDA vom 22. November 1991.

1. Wir sind mit der im Mitbericht des EDA beantragten Zurückstellung der  
 Entscheides aus den unten angeführten Gründen nicht einverstanden.
2. Begründung

Im Gegensatz zum EDA sind wir der Auffassung, dass angesichts der  
 gegenwärtigen politischen Lage im Asylbereich alle rechtlich zuläs-  
 sigen Massnahmen mit grösster Dringlichkeit umzusetzen sind.

Dabei geht auch das EJPD davon aus, dass asylpolitische Überlegun-

gen bei der Prüfung der Verfolgungssicherheit eines möglichen Safe Country's keine Beachtung finden dürfen. Kann jedoch die Verfolgungssicherheit eines Landes bejaht werden, so sind bei der Bestimmung des für die Bezeichnung massgeblichen Zeitpunkts auch die asylpolitischen Konsequenzen des Beschlusses in Rechnung zu stellen.

Bezüglich Rumänien und Angola deckt sich die Beurteilung des EDA im wesentlichen mit derjenigen des EJPD. Das EDA verspricht sich jedoch von der Rückstellung eine erhöhte Entscheidungssicherheit. Bezüglich Bangladesch ergibt sich die abweichende Einschätzung als Folge der unterschiedlichen Gewichtung der Beurteilungskriterien und stellt damit eine Ermessensfrage dar.

Aufgrund der gesamthaften Würdigung der Entwicklung und der gegenwärtigen politischen Lage in den für die Bezeichnung vorgesehenen Ländern kommen wir zum Schluss, dass eine Rückstellung des Entscheides nur zu einer Bestätigung der von unseren Länderverantwortlichen getroffenen Einsschätzung, nicht aber zu einer grundsätzlich anderen Beurteilung führen kann. Die so gewonnene Entscheidungssicherheit vermag jedoch die durch die Verzögerung verursachten Nachteile nicht aufzuwiegen.

Wie bereits im Bundesratsantrag ausgeführt, zieht die Bezeichnung eines Landes als Safe Country eine massgebliche Entlastung der Asylbehörden sowohl im Verfahrens- als auch im Fürsorgebereich nach sich. Bei Kosten von rund 40 Franken pro Asylbewerber und Tag und





SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

25. November 1991

Bezeichnung von Rumänien, Angola und Bangladesh als verfolgungs-  
 sichere Länder im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 18. November 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens und der  
 Beratung wird

beschlossen:

Rumänien und Angola werden als verfolgungssichere Länder im Sinne  
 von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz bezeichnet.

Für getreuen Protokoll-  
 auszug:

*Alfred Müller*

STAB, JUSTIZ- UND  
 POLIZEIDEPARTEMENT

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
Nr.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
		EDI		
	X	EJPD	15	-
		EMD		
		EFD		
		EVD		
		EVED		
	X	BK	3	-
		EFK		
		Fin.Del.		